Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104. | Dresden, Freitag den 8. Mai 1914. | 25. Jahrg.

Der sächsische Landtag wird am 20. Mai geschlossen.

In dem Dorfe Losin an der russisch-österreichischen Grenze sind 100 Häuser niedergebrannt.

Auf die Maßregelung sozialdemokratischer Dumaabgeordneter antworteten 70 000 Petersburger Arbeiter mit dem Proteststreik.

Die internationale Kontrollkommission hat vermittelnd in den Kampf zwischen den Albaniern und Epiroten eingegriffen.

In den Minen von Guadalajara sind ein Amerikaner und zwei Engländer getötet worden.

Die mexikanischen Rebellen sollen Mazagan eingenommen haben.

Der einige Reichstag gegen die Regierung.

Der Reichstag bot gestern das seltene und interessante Schauspiel, daß alle Parteien, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, geschlossen der Regierung gegenüberstanden. Auf der Tagesordnung stand nämlich zunächst die zweite Lesung der Besoldungsvorlage, der die Regierung, in der Fassung, die ihr die Budgetkommission gegeben hatte, ein entschiedenes „Unannehmbar" entgegenstellte, während der Reichstag einmütig zu den Beschlüssen seiner Kommission hielt. Und die Regierung bekam auch von den meisten bürgerlichen Rednern die schärfsten Worte zu hören, aus denen herauskang, wie bitter nun endlich auch in den Reihen der bürgerlichen Abgeordneten die unwürdige Stellung des Reichstags empfunden wird.

Die plötzliche Entschiedenheit der bürgerlichen Parteien hat freilich ihre guten Gründe. Die Beamten bilden einen nicht geringen, in manchen Wahlkreisen sogar den ausschlaggebenden Teil der Wählerschaft. Die unteren Postbeamten, um die es sich im wesentlichen handelt, erhalten auch jämmerlich niedrige Gehälter. Und was die Budgetkommission des Reichstags in ihren Beschlüssen, denen gestern der Reichstag einstimmig zustimmte, bietet, ist herzlich wenig, so daß die ablehnende Haltung der Regierung geradezu ungeheuerlich erscheint. Die Regierung wollte mit ihrer Vorlage nur die untersten Beamten, die einen Höchstgehalt bis 1700 M. erzielen können, mit 100 M. aufbessern, so daß eigentlich nur die Landbriefträger eine Gehaltsaufbesserung erhalten würden. Denn für die untersten Beamten der Reichseisenbahnen (in Elsaß-Lothringen) sollte der bisherige besondere Zuschuß in Wegfall kommen, so daß die Aufbesserung für diese Beamten nur eine Fiktion ist. Der Reichstag will aber auch wenigstens den gehobenen Unterbeamten eine kleine Aufbesserung zukommen lassen. Das lehnt die Regierung rundweg ab.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Ebert, zeigte in seinen trefflichen Ausführungen, wie unwürdig die jetzige Stellung des Reichstag ist, und er fragte: Wie lange sollen wir uns das gefallen lassen? Die Regierung legt dem Parlament einen Gesetzentwurf vor und sagt einfach: Friß Vogel oder stirb! Der sozialdemokratischen Fraktion waren die Beschlüsse der Budgetkommission viel zu wenig, sie stimmte nur deshalb zu, um eine einheitliche Stellung des Reichstags gegen die Regierung zu ermöglichen. Aber nun wäre es auch Pflicht des Reichstags, diesen unwürdigen Zustand zu beseitigen, daß die preußische Regierung der Volksvertretung des Reichstages die Beschlüsse diktiert.

Leider ist nicht die Aussicht vorhanden, daß sich die bürgerlichen Parteien nun aufraffen werden, um dem Reichstag das Recht und die Macht zu erringen, seinen Beschlüssen auch Geltung verschaffen zu können. Denn das wäre ja nur möglich bei einem parlamentarischen Regierungssystem. Herr Bassermann, der Redner der Nationalliberalen, schlug zwar sehr entschiedene Töne gegen die Regierung an, der er jedes Verständnis der politischen Situation absprach. Er empfand es auch als Kränkung, daß man der Volksvertretung zumutet, einfach so zu beschließen, wie es die Regierung verlangt. Aber eine parlamentarische Regierung, die den Willen der Volksvertretung respektieren oder ihren Posten verlassen muß, lehnen die Nationalliberalen ab. Auch der Zentrumsredner Macken sprach sehr scharf und versicherte, das Zentrum werde nicht zurückweichen. Aber aus der Rede des Konservativen Dr. Oertel war schon zu entnehmen, daß vor der dritten Lesung der Besoldungsvorlage eine „Verständigung" mit der Regierung erzielt werden soll. Nach den festen Versicherungen des Staatssekretärs Kühn kann diese „Verständigung" nur darin bestehen, daß der Reichstag sich mit der Regierungsvorlage zufrieden gibt, während vielleicht die Regierung im besten Falle zusichert, die weiteren Wünsche der Beamten und des Reichstags „einer Prüfung unterziehen" zu wollen. Dann wird an der unwürdigen Stellung des Reichstags auch nicht das geringste geändert werden. Und die Regierung wird auch fernerhin nicht gezwungen sein, die Beschlüsse des Reichstags zu achten.

Für die Beamten ergibt sich aus diesen Vorgängen wieder die Lehre, daß sie nur unter demokratischen Verhältnissen ihre Interessen wahren können. Was nützt es ihnen, wenn alle Abgeordneten des Parlaments für sie eintreten, die Volksvertretung aber gar nicht die Macht hat, ihre Beschlüsse Gesetz werden zu lassen? Und die Reden der bürgerlichen Abgeordneten sind wertlos, solange die bürgerlichen Parteien die Demokratie verwerfen, also die Machtlosigkeit des Reichstages selbst wollen! Die Schuld dafür, daß die unteren Beamten keine wesentliche Verbesserung ihrer Lage erwarten können, trifft deshalb auch nicht nur die Regierung, sondern auch die bürgerlichen Parteien.

Die Fortsetzung der Verhandlung über den Militäretat, die nach Erledigung der Besoldungsvorlage begann, zeigt ja auch wieder, wie wenig die bürgerlichen Parteien gewillt sind, sich der Interessen des Volkes anzunehmen. Unser Genosse Stücklen geißelte in einer zweistündigen wirkungsvollen Rede die ungeheuerlichen Mißstände im Heere. Die scheußlichen Soldatenmißhandlungen, die an Roheit und Unmenschlichkeit nicht übertroffen werden können, sind aus der Presse bekannt. Stücklen konnte auch nachweisen, daß der Kriegsminister die gröbsten Unwahrheiten über die Sozialdemokratie auszusprechen sich erlaubt und die stärkste Partei im Reiche, die größte Fraktion des Reichstages beschimpft habe. Zahlreiche und wuchtige Anklagen schleuderte unser Redner den Herren von der Militärverwaltung ins Angesicht, gegen die der Kriegsminister nur die eine Erklärung abgab, er habe nicht die Sozialdemokratie für unmoralisch erklärt, sondern die Bestrebungen, das Heer zu untergraben. Der nachfolgende Redner des Zentrums, Astor, wußte aber nichts besseres zu tun, als eine Kriegervereinsrede herunterzuschmettern, und auch der Nationalliberale Götting gab der Erwartung Ausdruck, daß die nur allzuberechtigte Kritik unseres Genossen Stücklen wirkungslos bleiben werde, was die Heeresverwaltung nur dazu ermutigen kann, alles beim alten zu lassen.

Das wird freilich nur im bedingten Maße der Fall sein können. Die gestrigen Vorgänge im Reichstage waren ein Symptom dafür, daß sich das Alte nicht dauernd halten läßt, auch nicht die Rechtlosigkeit des Reichstags und die Selbstherrlichkeit der Bureaukratie und der Soldateska. Die Macht, diese unwürdigen Zustände zu ändern, liegt aber beim Volke. Solange die Mehrheit der Abgeordneten sich erlauben darf, die Rechtlosigkeit des Volkes und des Parlamentes unangetastet zu lassen und das absolutistische Regierungssystem zu stützen, ohne von den Wählern den Laufpaß zu erhalten, wird es nicht anders werden. Nur die Angst vor den wahlberechtigten Beamten hat die meisten bürgerlichen Abgeordneten aus den Reihen der rechtsstehenden Parteien gestern dazu getrieben, der Regierung die Zähne zu zeigen, wegen Besoldungsfragen und auf die Rechte einer Volksvertretung zu pochen. Wenn die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes aus diesen Vorgängen die richtige Lehre zieht, wird auch einmal der Wille des Volkes Gesetz werden, wird der Reichstag seine Beschlüsse nicht mehr von der Regierung diktiert bekommen, sondern vom Volke!

Die Kontrollkommission vermittelt.

Durazzo, 7. Mai. Zographos hat auf Ersuchen der internationalen Kontrollkommission einen Waffenstillstand bewilligt und den Befehl an die epirotischen Truppen zur Einstellung des Vormarsches gegeben.

Im albanischen Süden, im Epirus, hat sich die Lage wieder einmal gefährlich verschärft. Gefährlich für die albanische Regierung, die der Bewegung dieser griechisch empfindenden und Albanien einverleibten Volksteile nicht Herr wird, gefährlich für Griechenland, dessen Bevölkerung mit der revolutionären Bewegung begeistert sympathisiert, gefährlich für die Großmächte, die das problematische albanische Kind zur Welt gebracht haben. Dieselben Epiroten, die der neue Mbret von Albanien noch vor Wochen glaubte mit einem albanischen Freiwilligenaufgebot kleinkriegen zu können, sind jetzt derartig unumschränkte Herren der Lage, daß sich endlich die europäische Kontrollkommission genötigt sieht, in den Streit einzugreifen und mit dem Führer der Epiroten, Zographos, über die Schlichtung der Streitfrage zu verhandeln. Es heißt, daß die Kommission schon unterwegs ist auf dem Wege nach Janthi Quaranta, daß der Waffenstillstand zwischen den albanischen und epirotischen Kämpferhaufen zustande gekommen ist und daß die Feindseligkeiten eingestellt worden sind. Damit wird zunächst auch einmal dem drohenden Vormarsch der Epiroten auf Durazzo ein Ziel gesetzt.

Denn was der albanischen Regierung winkte und womit Zographos drohte, das war nichts mehr und nichts weniger als der Vormarsch der beiligen Bataillone auf die Residenz des Landes. Mit der Besetzung der Stadt Kolona sind sie

Ein Förderer der Unsittlichkeit.

Y. Die Regierung des Deutschen Reiches leidet wieder einmal an jenem Sittlichkeitskoller, der sie periodisch befällt. Das ist erklärlich angesichts der stinkenden Fäulnis, die in großen Schichten der besitzenden Klassen den sich vollziehenden Verwesungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft kündet. Die Bütteigewalt, die als Zensor über Theaterstücke und andere künstlerische Schöpfungen entscheidet, die Büttelschnüffelei, die hinter jeder sogenannten Künstlerpostkarte her ist, sollen durch die kleine Lex Heinze die höhere Weihe und zugleich weiterreichende Machtbefugnis erhalten. Es erübrigt sich, noch etwas zur Kritik dieses Wechselbalgs von muffiger Einsichtslosigkeit und stockfüsternem Polizeigeist zu sagen. Er ist in unserer Presse bereits kräftig zerzaust worden. Dagegen möchten wir hier einen großen Förderer der Unsittlichkeit an den Pranger stellen, einen großen Förderer, von dem die amtlichen Moralbeflissenen schweigen. Wir meinen den Militarismus.

In der Tat: neben der schreienden wirtschaftlichen Not breitester, ausgebeuteter Volksschichten und den Zuständen, die auf dem Boden solcher Not erwachsen; neben dem Ueberfluß und dem Müßiggang mit ihren korrumpierenden Folgen in der kleinen Welt der Besitzenden wüßten wir in der stickigen, schwülen, von tausend Barbareien und häßlichen Begierden geschwängerten Atmosphäre der bürgerlichen Ordnung kaum einen furchtbareren Wegbereiter der Verrohung und Unsittlichkeit, als gerade den Militarismus. Er erweist sich auch in diesem seinem Wesenszug als das legitime Kind des Kapitalismus. Es ist noch nicht allzulange her, daß dies wieder einmal so offiziell wie nur möglich bestätigt werden mußte.

Das war vor dem Kriegsgericht zu Straßburg, als dort zum ersten Male über die Heldentaten des Heldenjünglings Leutnant v. Forstner verhandelt wurde. Dabei sagten zwei Zeugen aus — ein Schlossermeister und ein Oberlehrer, also Männer von unverdächtiger bürgerlicher Gesinnung —, daß die Truppen des milchbärtigen Junkerleins, ein zotiges Lied singend, durch das Städtchen Dettweiler gezogen waren. So schmutzig waren die gegröhlten Unanständigkeiten, daß die beiden Zeugen sich scheuten, sie vor Gericht zu wiederholen, und daß die Berichte in der Tagespresse ebenfalls auf ihre Wiedergabe verzichteten.

Man vergegenwärtige sich, in welchem Lichte die gerichtlich festgestellte Episode den Militarismus als Erzieher zeigt. Soldaten rücken aus, darunter Rekruten — so läßt wenigstens der Sachverhalt schließen. Rekruten, von denen gewiß manche, wir hoffen viele, trotz aller Lebensnot von daheim ein keusches Empfinden in geschlechtlichen Dingen mit in die Kaserne gebracht haben. Ausgerechnet ein unflätiges Lied ist es, das von den jungen Burschen angestimmt wird, damit der ermüdende, langweilige Drill weniger hart gefühlt werde. Die Zoten klingen auch an die Ohren des „Zivilpacks", an dem die Truppen vorübermarschieren, und das Zivilpack besteht nicht lediglich aus Schlossermeistern und Oberlehrern, die sich ihr Teil denken. Es befinden sich darunter Frauen, Mütter, die mit quälender Herzensangst an den Sohn in der Kaserne denken, Halbwüchsige und Kinder . . .

Der Militarismus als Erzieher der jungen Männer, des Volks, wie er leibt und lebt! Man vergesse nicht, daß der gerichtlich bescheinigte Vorgang sich in Gegenwart von Aufsicht und Befehl führenden Vorgesetzten abgespielt hat. Also auch zum allermindesten mit ihrer stillschweigenden Duldung. Wie würden die Herren Epaulettenträger dreingewettert haben, wenn es den Soldaten eingefallen wäre, die Marseillaise oder gar den Sozialistenmarsch anzustimmen!

Daß es sich in dem Dettweiler Fall um eine ganz vereinzelte Ausnahme handelt, wird niemand behaupten, der in der „pädagogischen Provinz" der kapitalistischen Ordnung, in der Kaserne die Luft geatmet hat, die der Militarismus erzeugt.

Wie erzieherisch der Militarismus auf die geschlechtliche Sittlichkeit der Truppen einwirkt, dafür gibt es einen geradezu klassischen Beleg. Nämlich einen Vorgang aus dem internationalen Hunnenfeldzug in China, der ja alle Vorzüge militärischer Mannszucht und Kulturträgerei im hellsten Glanze erstrahlen ließ. Hören wir, was Genosse Kunert in der Sitzung des Reichstags vom 31. März 1906 darüber feststellte:

„Meine Herren! Der Strafantrag gegen mich wurde ferner gestellt im Hinblick darauf, daß ich behauptet hatte, daß deutsche Soldaten geschlechtliche Gewaltakte an chinesischen Frauen verübt haben. Diese Behauptung ist bewiesen worden, endlich vielfach bewiesen worden. Es sind dabei so ungeheuerliche Dinge ans Tageslicht gekommen, daß ich es mir versage, darüber nähere Angaben zu machen. Nur das eine möchte ich noch hervorheben, daß über die Tatsache hinaus, daß Frauen und Mädchen geschändet worden sind, noch bewiesen worden ist, daß auch Kinder in viehischer, in entsetzenerregender Weise von deutschen Soldaten geschändet worden sind. Darüber hinaus aber ist auch noch vor dem Halleschen Gericht bewiesen, daß eine ganz schmachvolle, nichtswürdige Bordellwirtschaft unter deutschem Schutz drüben in China etabliert war. Und das als amtliche Institution unter dem deutschen Banner! Ja, meine Herren, die Einrichtung war eben derartig, daß man einen anderen treffenden Ausdruck dafür nicht findet. Es waren zwei Abteilungen in dem Bordell, die eine für die Offiziere, die andere für die Mannschaften. Es war in verschiedenen Sprachen eine Aufschrift an dem Hause: „Nur für deutsches Militär." Es war auch ein Wachtposten dort, und es war endlich eine Sanitätstruppe in dem Bordell tätig."

In nicht fortzudeutelnder Weise sagen uns hier beschworene Tatsachen dieses: Unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktion haben sich wohl die Formen des „öffentlichen Lasters", der „gewerbsmäßigen Unzucht" geändert, allein in der Sache selbst sind wir noch nicht über das Mittelalter hinaus, wo der „Waibel" den jedes Heer begleitenden Troß „fahrender Fräulein" befehligt und den Anführern und Herren selbstverständlich das Recht der Auswahl unter den jüngsten und reizvollsten Dirnen zustand. Wie damals, gehören auch heute noch Kriegshandwerk, geschlechtliche Roheit und Prostitution zusammen. Der Imperialismus, der alle barbarischen, häßlichen Wesenszüge des Militarismus steigert, auf die Spitze treibt, läßt auch die sexuelle Roheit und Verwilderung aufs üppigste emporwuchern.

Das tritt international in Erscheinung. Im idealgläubigen England verfügte 1886 der Oberbefehlshaber der Armee, Lord Roberts, daß für die Truppen in Indien junge, hübsche Mädchen in ausreichender Zahl zu beschaffen und unter einheitliche Bestimmungen zu stellen seien. Während des Burenkrieges florierte der Mädchenhandel nach Kapstadt. Auf dem letzten internationalen Kongreß der bürgerlichen Frauenstimmrechtsverbände zu Budapest, im Sommer 1913, wurde auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Unsittlichkeit hingewiesen. Die Vorsitzende des „Weltbundes" dieser Organisationen, die Amerikanerin Frau Chapman-Catt, wendete sich mit scharfen Worten gegen „die westlichen christlichen Nationen, die alljährlich ihre sogenannten Kolonisatoren in alle Weltteile senden,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140508/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG